

Zwischen politischem Aufbruch und Angst

Interview mit Professor Manfred Liebel über die derzeitige Lage in Nicaragua

Seit Mitte April spitzen sich die Auseinandersetzungen in Nicaragua zu, täglich sind neue Todesopfer zu beklagen. Präsident Ortega und Vizepräsidentin Murillo setzen auf Repression und darauf, dass der Protestbewegung die Luft ausgeht. Diese wiederum setzt alles daran, das Präsidentenpaar zum Rücktritt zu zwingen und den Weg für einen politischen Neuanfang frei zu machen. Wer sind die Akteure im aktuellen Konflikt in Nicaragua, was treibt sie an und wofür stehen sie? Darüber sprach Gert Eisenbürger mit Prof. em. Manfred Liebel. Der Soziologe, der während seines Studiums in den 60er-Jahren Bundesvorsitzender des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) war, hat zwischen 1989 und 1996 in Nicaragua gelebt und ist gerade von einer mehrwöchigen Reise aus dem mittelamerikanischen Land zurückgekehrt.

Du kommst gerade aus Nicaragua. Wie hast du die Lage dort erlebt?

Ich hatte den Eindruck, dass da etwas Historisches passiert. Ich habe einiges mitbekommen und vor allem mit vielen Leuten gesprochen, sowohl solchen, die ich schon aus den 80er- und 90er-Jahren kannte, als auch mit ganz jungen Leuten. Viele meiner älteren Gesprächspartner*innen waren früher eng mit dem Sandinismus verbunden, sehen inzwischen die Regierung Ortega/Murillo aber sehr kritisch, einige wenige halten ihr weiterhin die Treue. Bei fast allen gab es eine große Unzufriedenheit, vor allem über die Korruption und die Tatsache, dass alle staatlichen Institutionen völlig der Regierungspartei FSLN untergeordnet werden. Doch der entscheidende Punkt war die Repression gegen die ersten friedlichen Proteste, die viele Leute empört und sie in kurzer Zeit dazu gebracht hat, sich

der Protestbewegung anzuschließen. Insgesamt war mein Eindruck, dass bei den meisten Leuten, mit denen ich reden konnte, das Ganze nicht als antisandinistisch verstanden wurde, sondern als Protest gegen das Regime Ortega/Murillo und deren Günstlinge. Viele sprechen heute vom Ortegismo oder Danielismo, den sie fundamental kritisieren und dem gegenüber sie grundlegende Änderungen einfordern.

Wer genau sind die Leute, die heute auf die Straße gehen? Und haben die über die Parole „Ortega muss weg“ hinaus gemeinsame politische Ziele?

In dem Prozess haben die Studierenden und später auch die Campesinos aus der Antikanalbewegung eine vorantreibende Rolle gespielt. Bei den Studierenden war das eine ganz spontane Sache. Es gab vorher schon Unzufriedenheit mit der Regierung und auch in jüngerer Zeit einige Dinge, die für Empörung an den Unis gesorgt haben, etwa eine Initiative der Vizepräsidentin und Präsidentengattin Rosario Murillo zur „Regulierung“ oder, wie es hieß, „Reform“ des Internet oder die späte Reaktion der Regierung auf den Großbrand im Biosphärenreservat Indio Maíz Anfang April. Aber letztlich war die Explosion spontan und es gab zunächst keine klaren Vorstellungen, was man konkret erreichen wollte. Das ist auch

nach wie vor ein Problem. In der Protestbewegung haben sich inzwischen sehr verschiedene Gruppen vereint, die ganz unterschiedliche Interessen und Vorstellungen haben. Als gemeinsame Ziele werden Demokratisierung und Gerechtigkeit genannt. Aber schon beim Thema Gerechtigkeit stellt sich die Frage, was damit gemeint ist. Wird es nur verstanden als Bestrafung der Schuldigen für die Toten und Verletzten, was ich wichtig finde, also im Sinne einer vergeltenden Justiz, oder wird das auch verstanden im Sinne sozialer Gerechtigkeit, das heißt, auch eines Umbaus der Gesellschaft, der nicht einfach dazu führt, dass sich der Neoliberalismus in anderer Form wieder behauptet. Das Problem der Heterogenität der Bewegung wird noch dadurch zugespielt, dass die



FOTO: BARBARA LUCAS

Akteur*innen, und hier vorwiegend die Studierenden, derzeit so bedroht sind – auch in ihrem Leben – dass sie praktisch gezwungen sind, sich klandestin zu verhalten, also sich zu verstecken. Dadurch wird natürlich die Kommunikation mit den anderen, was bisher die Stärke der Protestbewegung war, immer neue Ansätze zu diskutieren und die eigenen Ziele zu konkretisieren, erheblich erschwert. Das führt dazu, dass immer mehr Leute von außen kommen, zum Teil auch aus dem Ausland, und versuchen die Leute zu beeinflussen und ihnen zu erklären, was sie eigentlich wollen sollten.

Bei dem ersten Nationalen Dialog sind die studentischen Vertreter*innen sehr entschieden aufgetreten und haben auch ein klares Bild von den Gründen ihrer Proteste vermittelt. Eine solche öffentliche Präsenz ist derzeit wegen des Drucks und der erzwungenen Klandestinität kaum noch möglich; es können also keine Personen mehr sichtbar werden, die für die weitere Entwicklung Verantwortung übernehmen können oder eine Perspektive repräsentieren. Die konkreten Aktionen wie Blockaden, Straßensperren oder Streiks sind wichtig, verbrauchen sich aber mit der Zeit, weil sie nur Dinge verhindern, aber keine Alternative vorbereiten.

Nach der ersten Repressionswelle Ende April gab es zwei große Protestdemonstrationen. Eine wurde vom Unternehmerverband COSEP, die andere von der katholischen Kirche organisiert, also von zwei Institutionen, die in den 80er-Jahren eng mit dem Terror der bewaffneten Konterrevolution, der Contra, verbunden waren. Wie konnten diese beiden Institutionen relativ schnell an die neue Bewegung andocken und, offensichtlich nicht ohne Erfolg, eine Führungsrolle beanspruchen? Kirche und COSEP spielen ja jetzt eine bedeutende Rolle im Nationalen Dialog.

Die katholische Kirche und der Unternehmerverband, also die alte Oligarchie, hatten sich in den letzten elf Jahren mit der Ortega-Regierung bestens arrangiert, diese unterstützt und von ihr profitiert. Die Kirche zum Beispiel mit Blick auf die repressive Änderung des Abtreibungsgesetzes und die alte Oligarchie, indem sie die Macht und die Geschäfte mit der FSLN und der neuen sandinistischen oder danielistischen Bourgeoisie geteilt haben. Sie waren Teil dieses Systems und haben offensichtlich jetzt, als die Proteste losgingen, gemerkt, dass das nicht mehr funktioniert. Dabei hat sicher auch eine große Rolle gespielt, dass bisher ein Teil der Profite der Unternehmer daraus resultierte, dass es einen erheblichen Geldzufluss aus Venezuela gab. Dieses Geld fließt seit der Zuspitzung der ökonomischen Krise in Venezuela nicht mehr. Das war ja auch einer der Gründe, warum die Regierung die Beiträge für das Sozialversicherungsinstitut INSS, das die Renten verwaltet, erhöhen wollte (was im April der Auslöser für die Proteste war). Dass sich katholische Kirche und COSEP jetzt so massiv in den politischen Prozess eingeschaltet haben, bedeutet meines Erachtens nicht zwangsläufig, dass das Ganze in eine reaktionär-klerikale und neoliberale Richtung geht. Das wird davon abhängen, ob die Studierenden und die Campesinos aus der Antikanalbewegung ihr Gewicht in der Bewegung aufrechterhalten können. Das ist keineswegs ausgeschlossen, denn die Kirche und der COSEP sind auf der Straße nicht aktiv präsent und sie waren, anders als die Studierenden und die Campesinos, Alliierte der Ortega-Regierung. Dass die Studierenden und die Campesinos versuchen, starke Bündnispartner zu finden, um sich angesichts der Repression zu behaupten, ist verständlich. Das bot der Kirche und dem COSEP die Gelegenheit, das sinkende Schiff Ortegas zu verlassen, wo-

bei die katholische Kirche schon seit zwei, drei Jahren etwas auf Distanz zur Regierung gegangen ist.

Im Vergleich zur grassierenden Gewalt in El Salvador, Guatemala, Honduras und zunehmend auch in Costa Rica galt Nicaragua trotz des zunehmenden Autoritarismus und der Korruption der Ortega-Regierung bis jetzt als relativ friedlich und sicher, sodass sogar internationale Unternehmen ihre zentralamerikanischen Niederlassungen aus Guatemala oder San Salvador nach Managua verlegt haben. Die Kriminalität war vergleichsweise gering, die Polizei agierte weitaus effektiver und professioneller als in den Nachbarländern. Die Wirtschaft wuchs kontinuierlich und die mafiösen Maras oder Pandillas, die andernorts in Zentralamerika die Menschen terrorisieren, konnten sich in Nicaragua nicht ausbreiten. Warum ist diese vermeintliche Stabilität binnen weniger Wochen zusammengebrochen?



Manfred Liebel

und die Gesundheitsversorgung für viele Nicaraguaner*innen gratis sind, was allerdings nicht für die Medikamente gilt. Das System Ortega basierte also darauf, dass unterschiedliche Gruppen und Interessen bedient wurden, solange sie die Regierung nicht kritisierten. Wenn man aufmuckte, wurde man von Zuwendungen ausgeschlossen und konnte schnell den Job verlieren. Bis Mitte April war man aber nicht physisch bedroht wie etwa in Guatemala oder Honduras. Das alles führte dazu, dass viele Leute sich wohl verhalten haben.

Zur Anmerkung bezüglich der Polizei möchte ich auf eine Entwicklung hinweisen, die bisher wenig reflektiert wurde. Die nicaraguanische Polizei hat zwar eine gewisse Professionalität entwickelt, die vor allem erreicht wurde, bevor Daniel Ortega wieder an die Macht kam. Nachdem er erneut Präsident wurde, hat er sich die Polizei untergeordnet. Dort sind dann mafiöse Strukturen entstanden. Dazu gehörte auch die Neudefinition von bestimmten Programmen zu Jugendbanden, die eigentlich ziemlich gut waren. Anders als in den Nachbarländern hat man in Nicaragua auf die Pandillas nicht nur mit harter Hand reagiert, sondern ihnen auch Angebote zur Integration gemacht. Aber in der Ortega-Ära wurde gezielt versucht, diese subproletarischen Jugendlichen in repressive Strukturen einzubinden und sich zunutze zu machen. Und genau von diesen Gruppen gingen in den letzten Wochen viele Gewaltaktionen gegen die Protestbewegung aus.

Der scheinbar abrupte Ausbruch der Proteste in den letzten Wochen hängt meines Erachtens damit zusammen, dass sich in den letzten Jahren viel Frust und Unzufriedenheit aufgestaut hat. Es gab zwar immer wieder Proteste, die aber, weil sie sehr punktuell waren, immer schnell erstickt werden konnten, indem man die Leute bedroht und eingeschüchtert hat, ohne sie gleich umzubringen. Diesmal kam es nach der versuchten Erhöhung der Rentenbeiträge bei gleichzeitiger Senkung der Renten am 18. April zu der ersten, noch vergleichsweise kleinen, Demonstration. Wie

üblich hat man versucht, sie repressiv aufzulösen, nur gab es dabei diesmal, wahrscheinlich unvorhergesehenerweise, Tote. Das hat die Studierenden massiv provoziert und dazu geführt, dass sich innerhalb weniger Tage aus kleinen Protestaktionen ein breiter Massenprotest entwickelt hat. Damit hat auch die Antikanalbewegung der Campesinos, die sich in den letzten Jahren immer mehr ausgedehnt hatte (vgl. *ila* 415), aber bisher noch keinen Zugang nach Managua gefunden hatte, Alliierte in der Stadt gefunden und beteiligte sich an den Protesten. So wurde die Bewegung in kurzer Zeit zu einem Machtfaktor.

*Von vielen lateinamerikanischen und europäischen Regierungen werden Neuwahlen als Ausweg aus der Krise gefordert. Wenn ich mir das dort wahrscheinlich antretende Spektrum vorstelle, sehe ich die alten verknöcherten Liberalen und Konservativen, die rechtskonservativen Christdemokraten von der PRC sowie die verbliebenen Anhänger*innen des Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán und von Daniel Ortega, also niemanden, der für einen politischen Neuanfang oder gar ein soziales Nicaragua stünde.*

Es ist natürlich durchaus zu befürchten, dass es bei Neuwahlen so ausgehen würde wie bei der sogenannten friedlichen Revolution nach dem Fall der Mauer in der DDR, dass dann plötzlich die Parteien da sind und mit irgendwelchen Versprechungen und ausländischer Unterstützung die Leute ködern. Aber ich habe die Hoffnung, dass sich die Erfahrungen, die jetzt in der Rebellion gemacht werden, und die Strukturen, die sich da herausbilden, von der Kultur der traditionellen Parteien unterscheiden, dass sich da neue Kräfte formieren und dann auch Zustimmung finden, wie die *Indignados* in Spanien, die dann zu *Podemos* geworden sind, sicher auch mit den Problemen und Widersprüchen von Parteien. Dass sich in Nicaragua so etwas herausbildet, halte ich für möglich, aber dafür wäre es erforderlich, dass Ortega und Murillo sehr bald abtreten und es in Kürze Neuwahlen gäbe. Diese Neuwahlen müssten von einer Übergangsregierung und einem völlig neu zusammengesetzten Wahlrat organisiert werden.

*Das Erschütterndste für alle, die sich einmal für die sandinistische Revolution engagiert haben, ist die brutale Repression der letzten Wochen. Es gab unter den ehemaligen und verbliebenen Mitgliedern der Nicaraguasolidarität zwar kaum noch jemanden, die/der Sympathien für Ortega/Murillo und ihren Clan hatten, aber dass sie auf Demonstrant*innen schießen lassen würden, hatten wir nicht erwartet. Du hast schon einiges zu den Hintergründen der Eskalation gesagt, aber könntest du noch etwas ausführen, warum die Regierung deiner Meinung nach so extrem brutal reagiert?*

Ich würde sagen, die haben die Nerven verloren. Sie hatten nicht damit gerechnet, dass sich das so schnell ausweitet und hatten dann das Gefühl, die Kontrolle über die Straße zu verlieren. Das hat zu dieser Überreaktion geführt. Es könnte sein, dass das zunächst gar nicht geplant war von ganz oben, sondern dass sich das ein Stück weit verselbstständigt hat. Die Polizei wurde, wie ich eben schon sagte, unter Ortega sehr stark zu einem Repressionsorgan entwickelt, das hat sich konkretisiert in der Organisation der *Antimotines* (Antiaufstandspolizei) und der paramilitärischen Gruppen von Jugendlichen aus den Armenvierteln. Die haben sich offensichtlich in dieser Situation verselbstständigt und als es dann die ersten Toten gab, hat sich die Empörung multipliziert und das Ganze hat sich gegenseitig aufgeschaukelt. Es war

meiner Meinung nach nicht von Anfang an eine gezielte Sache. Sonst hätte Vizepräsidentin Rosario Murillo auch nicht von einer biblischen Plage gesprochen. Es ist schon irreführend, wie sie diese Opposition bezeichnet. Sie tut so, als sei ein Menschheitsunglück über Nicaragua hereingebrochen.

Ich glaube, Ortega, Murillo und die führenden FSLN-Kader fühlen sich überwältigt und haben Angst. Die Angst ist ein wichtiger Punkt. Der bin ich immer wieder begegnet, auch in Gesprächen mit Leuten, die ich schon seit langem kenne und die versuchen, der Frente treu zu bleiben. Die sehen in den Protesten eine konterrevolutionäre Bewegung, die aus den USA gesteuert wird und sie auslöschen wollen. Was die im Moment vor allem bewegt, ist Angst, sogar Angst um ihr Leben. Das gilt meines Erachtens auch für Ortega und Murillo und ist einer der Gründe ihrer Weigerung nachzugeben und zu gehen. Darüber hinaus haben viele Leute aus dem Regierungsapparat Angst, ihre Privilegien, ihren sozialen Status oder schlicht ihre Arbeit zu verlieren. Man muss ja sehen, dass der Staatsapparat in den letzten elf Jahren unglaublich aufgebläht wurde, da sind sehr viele Leute beschäftigt worden, die relativ gut bezahlt werden. Die wollen diese Jobs natürlich nicht verlieren.

Das sind vermutlich auch die Leute, die derzeit für Ortega auf die Straße gehen.

Genau. Aber das sind sehr viel weniger als früher. Da werden Fotomontagen gemacht und veröffentlicht, um den Eindruck zu erwecken, das seien weiterhin die großen Massen. Ich wohnte jetzt ganz in der Nähe der Plaza Inter, wo sich die Anhänger*innen Ortegas mehrfach getroffen haben. Ich habe zwei Kundgebungen der sogenannten sandinistischen Jugend miterlebt. Es war traurig zu sehen, wie die da herumstanden. Da wurden ein paar revolutionäre Lieder über Lautsprecher abgespielt und irgendjemand hat eine blecherne Rede gehalten. Aber die Leute standen nur rum, da war nichts von Begeisterung oder Kampfeswillen zu spüren.

Ich habe dieser Tage einen Brief aus der Stadt Granada gelesen, in dem stand, dass dort, anders als in Managua oder León, nicht Studierende und Campesinos auf der Straße seien, sondern dass es nahezu jeden Abend Straßenschlachten zwischen mehr oder weniger bewaffneten Jugendlichen aus den Armenvierteln gebe: solchen, die für die Regierung, und solchen, die gegen die Regierung seien. Über die bewaffneten Gruppen im Umfeld der Polizei haben wir schon gesprochen, wie rekrutieren sich die Schlägertruppen auf der anderen Seite?

Wenn es zu Straßenschlachten kommt, ist es schwer, den Überblick zu behalten, wer da wer ist und wer welche Waffen einsetzt. Aber die in vielen Medien verbreitete Darstellung von den friedlichen Demonstrant*innen hat natürlich auch etwas Propagandistisches. Wenn ein Regime mit solcher Gewalt reagiert und es zu Toten kommt, kann man schlicht nicht erwarten, dass diejenigen, die es betrifft, einfach nur die Fähnchen schwenken und sich massakrieren lassen. Die fangen auch an, sich auf ihre Weise zu bewaffnen. Das ist die alte Frage, was man unter Gewalt verstehen will. Es wäre für mich absurd, Barrikaden als Gewalt zu bezeichnen, aber trotzdem behindern sie die Bewegungsfreiheit. Und wenn man die Barrikaden gegen die angreifende Polizei oder die paramilitärischen Gruppen verteidigen will, benutzt man zum Beispiel Steine oder Zwillen. Dazu kommt, dass in Nicaragua sehr viele

Leute Waffen haben. Das ist noch ein Überbleibsel aus den 70er- und 80er-Jahren. Und die Campesinos haben ohnehin fast alle Waffen zuhause.

Die gegenwärtige Protestbewegung ist wie gesagt nicht zentralistisch gesteuert. Da gibt es einerseits die Studierenden, die sich über die nächsten Aktionen und Schritte beraten. Da gibt es aber auch Jugendliche, die ihren Frust und ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen und so agieren, dass sie das Gefühl haben, auch über Macht zu verfügen und nicht ständig klein begeben zu müssen. Schon in Teilen Managuas und mehr noch in anderen Städten oder auf dem Land sind es nicht die Studierenden, die in den Protesten den Ton angeben, sondern unzufriedene Jugendliche, die es nicht gewohnt sind, groß zu diskutieren. Die greifen zu den Mitteln, die ihnen verfügbar sind und die die anderen beeindrucken. Da ist auch Gewalt. Die Protestbewegung ist sicher nicht oder nicht mehr nur friedlich. Und darin liegt auch die Gefahr, dass sich das weiter aufschaukelt und es wirklich zu einem Bürgerkrieg kommt. So weit ist es noch nicht, aber es ist ein mögliches Szenario.

Ich möchte dennoch darauf hinweisen, dass die Gewalt noch eine unterschiedliche Qualität hat. Die Gewalt, die vom Regime und den paramilitärischen Gruppen ausgeübt wird, hat inzwischen ganz klar das Ziel zu töten. Das hat auch Amnesty International in seinem Bericht festgestellt. Das gilt für die Gewalt, die von Teilen der Protestbewegung ausgeht, nicht.

Gibt es innerhalb der FSLN eine Opposition, die möglicherweise eine konstruktive Rolle spielen könnte, oder ist die Partei völlig auf Linie von Ortega?

Ich sehe es so, dass die Partei zerstört ist, es kein Parteileben mehr gibt. Das ist auch die Einschätzung meiner Gesprächspartner*innen. Die Leute, die die FSLN noch darstellen, sind Funktionäre, Leute, die vom Regime profitieren. Es gibt natürlich die hauptamtlichen politischen Sekretäre, aber es gibt keine politischen Diskussionen und inhaltlichen Auseinandersetzungen mehr in der Partei. Oscar René Vargas, einst prominenter Sandinist, der noch 2006 maßgeblich den Wahlkampf von Ortega organisiert hat, inzwischen aber einer seiner scharfen Kritiker ist, spricht von vielleicht 1000 Leuten, die noch bei der FSLN seien. Da ist es kaum realistisch, dass es eine Opposition gäbe, die in der Lage wäre, Ortega und Murillo zu stürzen. Sicher ist Rosario Murillo auch bei diesen verbliebenen FSLN-Kadern total unbeliebt, aber das heißt nicht, dass die gegen sie und ihren Mann aktiv würden.

Aber es gibt im Umfeld der Protestbewegung viele Leute, die weiterhin Sympathien für die Revolution und den Sandinismus haben und die lange auch in der FSLN eine positive Kraft gesehen haben. Viele der heute aktiven Studierenden sind Kinder der Revolution. Ihre Eltern waren früher oft aktive Sandinist*innen oder Leute, die in der Revolution ihre Erfahrungen gemacht und sich damit identifiziert haben. Einer der Sprecher der Studierenden, der bei der ersten Runde des Nationalen Dialogs eine beeindruckende Rede gehalten und Ortega Paroli geboten hat, heißt Lesther Lenin Alemán. Eltern, die ihrem Kind den Vornamen Lenin gegeben haben, mussten schon sehr überzeugt von Revolution und Sozialismus gewesen sein. Viele der Studierenden und Campesinos sagen auch, die Partei dürfe Sandino nicht für sich monopolisieren. Deshalb pinseln sie die schwarz-roten Sandino-Denkmal, die überall rumstehen, in den Nationalfarben blau-weiß an. Die wollen sich den Sandino wieder aneignen.

Die letzte Frage ist sehr schwierig und auch nur spekulativ zu beantworten. Welche Perspektiven siehst du für Nicaragua?

Das ist fast unmöglich zu beantworten. Das Szenario eines Bürgerkriegs habe ich ja eben schon angesprochen. Aber noch bin ich optimistisch, dass sich aus der sehr heterogenen, gleichzeitig aber unheimlich spannenden Bewegung neue Kräfte und Formen der Selbstregierung entwickeln. Die müssen aber transformiert werden in eine Koordination und es müssen sich weiterhin anerkannte Leute finden, die dann auch sichtbar werden und Führungsaufgaben übernehmen könnten. Es ist schwer abzuschätzen, ob das möglich sein wird, da das Regime ja derzeit darauf abzielt, solche potenziellen Führungskader physisch zu vernichten. Es gibt aber auch Leute, die breit anerkannt und auch beim Nationalen Dialog als Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aufgetreten sind. Eine ganz wichtige Persönlichkeit ist zum Beispiel Carlos Tünnermann, der inzwischen über 80 Jahre alte ehemalige sandinistische Erziehungsminister aus den 80er-Jahren, oder bekannte Frauen wie Francisca Ramírez und Mónica Baltodano. Solche Leute könnten in einer Übergangsregierung sicherlich Aufgaben übernehmen.

Ich danke dir für das Interview und hoffe sehr, dass deine am Schluss geäußerten optimistischen Perspektiven Wirklichkeit werden! ■



FOTO: MANFRED LIEBEL



Foto: BARBARA LUCAS

Sie waren keine Verbrecher, sie waren Studenten!

Volksaufstand und Demokratieentwicklungen in Nicaragua

Daniel Ortega regierte Nicaragua schon einmal für elf Jahre (1979-1990) und nun, in seiner zweiten elfjährigen Amtszeit, durchlebt das Land seit Mitte April die größten Aufstände seit vier Jahrzehnten (siehe auch Beitrag von Klaus Heß in [ila 416](#)). Der ehemalige Revolutionsführer beantwortete die Proteste mit gnadenloser Repression und hat das Land damit in eine schwere Krise manövriert. Unser Autor Simón Terz bekommt das aktuelle Geschehen unmittelbar vor Ort mit und berichtet insbesondere auch über die Organisationsformen der oppositionellen Student*innen.

VON SIMÓN TERZ

Nach knapp zwei Monaten der Krise verharrt das mittelamerikanische Land, welches bis vor kurzem noch als das sicherste in Mesoamerika galt, in einem absoluten Ausnahmezustand und versinkt in einer in alarmierendem Maße eskalierenden Gewaltspirale. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Cenidh (Nicaraguanisches Zentrum für Menschenrechte) beläuft sich die Zahl der Todesopfer mittlerweile auf ca. zweihundert, nebst über tausend Verletzten, etlichen politischen Gefangenen und Verschwundenen.

Regierungsgegner*innen haben rund 70 Prozent der Haupttransportwege des Landes mit Barrikaden versperrt, Ausdruck des gewaltfreien Protestes und Druckmittel gegen das Regime

Ortega-Murillo. Die seit der Revolution von 1979 als für den Widerstand ikonisch geltende Stadt Masaya, Verkehrsknotenpunkt zwischen Managua und Granada, ähnelt heute bereits einem Kriegsgebiet. Dessen Bewohner*innen haben sich hermetisch verschanziert, eigenen Angaben zufolge, um sich vor Angriffen der Polizei und der Todesschwadronen Ortegas zu schützen. Die Departements León, Carazo, Matagalpa und Rivas sind ebenfalls zu Kampfzonen geworden. Auch Managua ist mittlerweile fast zur Gänze von Straßensperren eingeschlossen und wird nahezu täglich Schauplatz von verheerenden Übergriffen. Es herrscht eine inoffizielle Ausgangssperre. Nach 18 Uhr ähnelt die Zwei-Millionen-Metropole, auf welcher untertags und überall eine drückende Spannung und die tropische Hitze gleichermaßen lasten, bis in die frühen Morgenstunden hinein einer Geisterstadt. Zahlreiche Brandstiftungen, Plünderungen sowie Angriffe auf Fernseh- und Radiostationen blieben dabei nicht aus.

Nach den ersten vier Wochen unentwegter Auseinandersetzungen ließ ein nationaler Friedensdialog erste Hoffnungen, zumindest auf ein möglichst baldiges Ende des Blutvergießens, aufkeimen. Unter der Leitung der katholischen Bischöfe kamen die Regierung, Studierendenvertreter*innen, zivile Organisationen und die Unternehmenschaft an einem Tisch zusammen. Am ersten Tag der Gespräche nahmen Ortega und Murillo höchstpersönlich teil. Als das Präsidentenehepaar abgeschirmt von einem bis an die Zähne bewaffneten polizeilichen Großaufgebot den Verhandlungsort erreichte, schallten ihnen lautstarke „Mörder, Mörder!“-Rufe der Demonstrant*innen entgegen. Die Eröffnungsrunde wurde live im Fernsehen übertragen. Es war das erste Mal seit Jahren, dass sich der

Ex-Guerillakämpfer auf ein solch offenes Gesprächsformat einließ. Ganz Nicaragua saß unter Hochspannung vor den Bildschirmen und klebte förmlich an den Radios. Das Protokoll sah vor, dass der Präsident als erster sprechen solle. Jedoch kam ihm ein 20-jähriger Student der Kommunikationswissenschaft zuvor, dessen Namen spätestens jetzt im ganzen Land die Runde machte, Lesther Alemán. Er stand vom hinteren Ende des Tisches auf und hielt eine flammende Rede. Darin forderte er Ortega nicht nur direkt dazu auf, als Oberbefehlshaber der Polizei seinen Truppen umgehend zu befehligen, die Repression zu beenden, sondern stellte ebenso klar, dass dies kein Dialogisch sei, sondern eine Runde, die einzig dazu diene, Ortegas Rücktritt zu verhandeln. Alemán schloss seine Ansprache mit den Worten: „Wir können nicht mit einem Mörder verhandeln, denn was in diesem Land verübt wurde, ist ein Genozid.“ Das Regierungsoberhaupt antwortete nicht direkt, leugnete die Existenz von politischen Gefangenen und versicherte, dass die Polizei den Befehl erhalten habe, nicht zu schießen. Diese sei vielmehr Opfer der Ausschreitungen geworden. Zum Abschluss der Runde bot sich noch eine bewegende Szene. Die Student*innen lasen die Namen der bis dahin 55 Toten vor, jeder einzelne gefolgt vom geeinten Ausruf: „¡Presente!“

Allerdings setzten die Bischöfe ihre Teilnahme als Vermittler und Zeugen des Nationalen Dialoges bereits nach einer Woche unter Berufung auf einen „Mangel an Konsens zwischen den Parteien“ zur Lösung der politischen Krise wieder aus. Die von der Bischofskonferenz vorgelegte Agenda zur Demokratisierung des Landes wurde vom nicaraguanischen Außenminister und Leiter der Regierungsdelegation, Denis Moncada, als „Gestaltung eines Weges zu einem verfassungswidrigen Staatsstreich“ gegen die Regierung Ortegas diskreditiert. Um den Dialog dennoch voranzutreiben, regten die Bischöfe einen gemischten Ausschuss an, bestehend aus je drei Regierungsvertretern und Repräsentanten der „zivilen Allianz für Gerechtigkeit und Demokratisierung“ (Studierende, Bauern und Bäuerinnen, Unternehmerschaft, Zivilgesellschaft). Endgültig kamen die Gespräche jedoch am 30. Mai zum Erliegen. Dies ist der Muttertag in Nicaragua und Managua wurde Schauplatz eines der größten Aufmärsche in der Geschichte des Landes. Hunderttausende fluteten die Straßen der Hauptstadt. Angeführt wurde der Zug, hier nennt man ihn andächtig „die Mutter aller Märsche“, von schwarz gekleideten Müttern, die ihre Kinder in den vorangehenden Wochen verloren hatten. Die Teilnehmer*innen trauerten um die zu dem Zeitpunkt über 80 Todesopfer, forderten Gerechtigkeit und den Rücktritt des sandinistischen Regimes. Trotz aller Andacht herrschte eine nahezu festliche Stimmung. Unter den Demonstrant*innen befanden sich Alte, Junge, auch Kleinkinder. Der Marsch sollte an der Zentralamerikanischen Universität (UCA) in einer Kulturveranstaltung münden. Stattdessen endete die bis dahin friedliche Veranstaltung in einem Blutbad. Als in der Nähe der Universität der erste Schuss vernommen wurde, brach Panik unter den Demonstrierenden aus. Vom Nationalstadion „Dennis Martínez“ aus feuerten Scharfschützen auf die unbewaffnete Menge. Jugendliche versuchten die Demonstration zu verteidigen und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und den parapolizeilichen Einheiten. Die UCA öffnete ihre Tore und etwa 5000 Personen suchten über Stunden Schutz in der Uni, bevor sie sich auf den Heimweg wagten. 1000 Bäuer*innen, die aus verschiedensten Teilen des Landes angereist waren, sahen sich aus Angst vor weiteren Übergriffen gezwungen, in der Kathedrale zu übernachten. Das Massaker vom 30. Mai hinterließ weitere 15 Tote, darun-

ter auch ein fünfzehnjähriger Junge, der durch einen Schuss in den Hals getötet wurde. In einer Erklärung am Donnerstag äußerten die Mitglieder der Bischofskonferenz, dass die Gespräche nicht fortgesetzt werden könnten, während eine „unmenschliche Gewalt, die das Leben Unschuldiger zerstört“, andauere. Francisco Díaz, stellvertretender Direktor der nationalen Polizei, beschuldigte „kriminelle Banden“ der tödlichen Vorfälle und ließ verlautbaren, dass die Regierung jede Verantwortung für diese Gewalt zurückweise. Für den 14. Juni rief die Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie zu einem ganztägigen landesweiten Streik auf. Seit Wochen wurde vielfach die Forderung an den mächtigen Unternehmerverband COSEP, bis vor zwei Monaten noch Hauptverbündeter und größter Nutznießer der Regierung, laut, einen offiziellen Generalstreik zu unterstützen. Nach langem Warten hatten zahlreiche Städte, darunter auch León, das Streiken bereits selbst in die Hand genommen. In Managua initiierte der Mercado Oriental, der als größter Markt Zentralamerikas schätzungsweise 10 000 Besucher*innen täglich anzieht, am 5. Juni den Streik. Dieser beinhaltet auch Aktionen kollektiven Ungehorsams, indem etwa keine Steuern, Wasser- oder Stromrechnungen mehr gezahlt werden.

Als mein Bruder am 18. April mit blutüberströmtem Gesicht nach Hause kam, beschloss ich, mich den Protesten anzuschließen. Eines Tages brachte ich den *muchachos* in der besetzten UNAN (Nationale Autonome Universität Nicaraguas) Lebensmittel. Gleich darauf half ich ihnen beim Errichten von Barrikaden. Und dann beschloss ich dortzubleiben. Als ich meinem Vater von dem Vorhaben berichtete, wusste ich, dass er mir das nicht ausreden kann. Er war damals, während der sandinistischen Revolution, einer der ersten, die loszogen. Er war ein historischer Kombattant im Widerstand gegen Somoza. Er hatte ebenfalls für ein freies Nicaragua gekämpft. Er sagte nichts, sondern ging mit mir und war die ersten zwei Wochen über mit uns hier verschanzt. Das ist unsere Art zu protestieren und unsere Forderungen geltend zu machen.“

„La Siria“, wie ihre Mitkämpfer*innen sie nennen, ist 24 Jahre jung, stammt ursprünglich von der Karibikküste und ist eine der etwa 400 jungen Männer und Frauen, die den weitläufigen, im Süden Managuas gelegenen Campus immer noch besetzt halten. Mittlerweile ist sie Anführerin der Pforte Nr. 5 des Geländes, mit rund 70 Jugendlichen unter ihrem Kommando. „Das hier ist wie eine kleine Stadt inmitten der Stadt“, erklärt sie. „Jeder Eingang stellt eine Zitadelle dar. Sie besitzen jeweils ihre eigenen Vorratskammern, medizinische Zentren, verschiedene Komitees wie beispielsweise zur Reinigung des Geländes, zum Kochen, auch eines zur Essenskontrolle, da uns mitunter vergiftete Nahrungsmittel gebracht wurden, zur Herstellung von selbstgemachten Waffen zur Selbstverteidigung, ein Komitee für die Logistik, eines zur Bewachung der Barrikaden.“ Um in diese Stadt innerhalb der Stadt hineinzugelangen, gilt es zunächst verschiedene Barrikaden zu passieren, stets mit vermurmeltem Gesicht, versteht sich, außerdem in Begleitung einer Vertrauensperson der Student*innen, welche einen durch den rund um die Uhr bewachten Eingang zu schleusen vermag. Innerhalb dieses Abschnitts des Campus ist die Stimmung freundlich, gleichwohl spürbar angespannt. Erst am Vortag wurden drei der jungen Leute, zwei Mädchen und ein Junge, von vermurmelten Sympathisanten der Regierung bei einem Botengang entführt. Sie wurden verhört, gefoltert und im Morgengrauen nackt an der Cuesta del Plomo, einer als besonders gefährlich geltenden Zone am Rande der Stadt, wieder aus-

gesetzt. Bereits Somoza pflegte seine Opfer dort zu „entsorgen“. Zum Zeitpunkt des Interviews mit „La Siria“ sind die drei wieder zurück in der Uni. Das Gespräch findet in einem Unterrichtsraum statt, der zur Vorratskammer für Lebensmittel umfunktioniert wurde. Auf der Tafel stehen sämtliche Namen der bisher Verstorbenen. Die junge Anführerin ist sichtlich müde, hat seit bald 48 Stunden nicht geschlafen, spricht dennoch überlegt und mit Inbrunst.

„Ich bin nun seit knapp einem Monat hier. Immer wieder lese ich, dass wir hier die moralische Reserve des Landes seien. Das kann ich nicht beurteilen. Es mag kitschig klingen, aber das, was für mich am meisten heraussticht, ist, dass hier vor allem die Liebe vorherrscht. Wir alle hier sind in diese Sache verliebt, dem Land verpflichtet und zu allem bereit. Und damit meine ich, auch den Tod zu riskieren. Das ist unglaublich, denn ich dachte immer, dass das Wertvollste, das größte Opfer im Leben das Leben selbst sei. Jetzt verstehe ich, dass das Wertvollste die Liebe ist. Warum? Vor zwei Tagen ist einer unserer Kameraden hier gefallen. Das tut weh. Er und viele andere Weggefährten sind aus Liebe zu diesem Land gestorben. Es ist besser, für eine Sache zu sterben, als ohne eine Sache zu leben, als ohne Liebe und gleichgültig zu leben.“

Neben grundlegenden Anliegen wie dem, die Regierung zu stürzen, sämtliche politische Strukturen zu demokratisieren und Gerechtigkeit für die Opfer der Repression zu fordern, seid ihr keine politische Bewegung im strengen Sinne.

„Dies ist eine Bewegung des Volkes. Insbesondere die jüngere Generation hegt ein profundes Misstrauen und eine Wut gegenüber der Politik. Wir müssen auf gewisse Weise apolitisch sein, um geeint auftreten zu können. So sehr die Regierung uns auch einer politischen Schublade zuordnen möchte, uns repräsentiert keine politische Partei.“

Bis jetzt hat es die Oppositionsbewegung geschafft, den Protest weitgehend friedlich zu gestalten. Mittlerweile gibt es jedoch genug Personen, die nicht mehr die andere Wange hinhalten wollen. Wärt ihr dazu bereit, den bewaffneten Kampf aufzunehmen?

„Wir versuchen klüger zu sein, nicht mit der Sprache der Diktatur, mit Gewalt zu antworten. Wir haben auch gar keine Waffen. Bloß selbstgebaute Granatwerfer, Steinschleudern und dergleichen, um uns zu verteidigen. Aber es ist nicht leicht. Neulich haben wir einen Infiltrierten geschnappt. Die Jungs meinten, dass wir zumindest sein Motorrad anzünden sollten. Ich habe es ihnen untersagt. Wir dürfen nicht so sein wie die, sonst kollabieren wir. Die einzigen, die wir bedingungslos unterstützen und von denen wir Hilfe annehmen würden, sind die Bauern.“

Die nicaraguanischen Behörden haben sich gegen ihr eigenes Volk gerichtet, in einem böswilligen, anhaltenden und häufig tödlichen Angriff auf dessen Recht auf Leben, freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung. Die Regierung von Präsident Ortega hat daraufhin schamlos versucht, diese Gräueltaten zu vertuschen, wobei sie das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verletzt hat.“ Diese Worte stammen von Erika Guevara-Rosas, Direktorin der Amerikaabteilung von Amnesty International (AI). Die Menschenrechtsorganisation war vom 4. bis 13. Mai auf einer Mission in Nicaragua, um den Behauptungen über schwere Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. Ergebnis dieses Unterfangens ist der Bericht *Shoot to kill: Nicaragua's strategy*

to suppress protest. Darin wird unter anderem ausführlich dargelegt, dass die nicaraguanische Regierung bewaffnete Personen oder regierungsfreundliche bewaffnete Gruppen eingesetzt hat, die in Absprache mit Staatsbeamten, insbesondere der nationalen Polizei, oder zumindest mit deren Duldung handeln. Außerdem stellte AI fest, dass diese regierungsfreundlichen bewaffneten Gruppen offenbar von der Regierung benutzt wurden, um Chaos zu erzeugen, Leute zu überwachen, Drohungen auszusprechen und gezielte Angriffe durchzuführen. Ferner ist AI der Auffassung, dass auf der Grundlage des ermittelten Musters eine beträchtliche Zahl von Todesfällen als außergerichtliche Hinrichtungen angesehen werden können. Es gebe Gründe zu der Annahme, dass diese Todesfälle mit dem Wissen der höchsten Ebene des nicaraguanischen Staates, einschließlich des Präsidenten, eingetreten sind. Darüber hinaus war AI in der Lage, Akte der Behinderung und Verschleierung durch einige Regierungsbeamte zu dokumentieren, die mit der Absicht durchgeführt wurden, eine gründliche Untersuchung der Fakten zu verhindern. Des Weiteren sei verletzten Demonstrant*innen in mehreren öffentlichen Krankenhäusern die nötige Versorgung verweigert worden.

AI ist zu dem Schluss gekommen, dass die Reaktion der nicaraguanischen Regierung angesichts der legitimen Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Form von Protesten in verschiedenen Teilen des Landes grundsätzlich rechtswidrig war und mit schweren Menschenrechtsverletzungen und sogar Verbrechen nach internationalem Recht einherging. AI konstatiert weiter, dass die von den nicaraguanischen Behörden verfolgte Strategie, die unter anderem zu einer alarmierenden Zahl von Todesfällen und schweren Verletzungen geführt hat, darauf abzielt, abweichende Stimmen zu bestrafen, weitere öffentliche Kritik zu ersticken und Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach dem Völkerrecht zu vertuschen.

Dieser Bericht entpuppt sich als nahezu deckungsgleich mit den Beobachtungen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH), die vom 17. bis 21. Mai das Land besucht hatte. In einem Interview mit der nicaraguanischen Zeitung „Confidencial“ vom 12. Juni beklagte deren Generalsekretär, Pablo Abrao, eine gravierende Zunahme der Gewalt. Außerdem warnte er, wenn diese Zahlen von Todesfällen, Verletzungen und Verhaftungen anhielten, werde man mit einer Situation konfrontiert sein, die in ganz Amerika eine besondere Aufmerksamkeit seitens der internationalen Gemeinschaft erfordere.

Inmitten der Barbarei hüllt sich Daniel Ortega fast gänzlich in Schweigen. Während im ganzen Land Barrikaden errichtet werden, transportieren etliche Lastwagen seinerseits Steine zum Wohnviertel des Präsidentenehepaars, El Carmen. Diese Festung verlässt der „Comandante“, wie er von seinen Anhängern*innen immer noch genannt wird, so gut wie nie. Dessen ohnehin bereits großzügig abgesteckter und militärisch überwachter Sicherheitsbereich wurde mit neuen, noch höheren Mauern versehen. Den einzigen öffentlichen Auftritt seit dem ersten Tag des Nationalen Dialoges gab es bei einer Kundgebung zum Muttertag. Dort stellte er klar, dass er keinerlei Absichten hege, zu weichen: „Nicaragua ist der Privatbesitz von niemandem, Nicaragua gehört uns allen und hier bleiben wir auch alle.“ Ansonsten war sein Diskurs wie üblich von einem religiösen Fundamentalismus gezeichnet, üppig gespickt mit populären und pathetischen, in diesen Tagen umso zynischer daherkommenden Iterationen und darum bemüht, ihn als Vollstrecker einer Art göttlicher Bestimmung für Nicaragua zu stilisieren. Er ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, wer hier „die Guten“ und wer „die Bösen“

sind: „Sogar noch heute, dort neben Trinidad (Stadtteil Managuas), wurde ein Junge getötet, weil er zu dieser Feier kommen wollte. Wie viel Schmerz es in dieser Mutter geben muss. Leider leben wir in Momenten, in denen der Hass die Krallen ausfährt, der Teufel fährt seine Krallen aus, wo wir doch ein Land in Frieden hatten.“

Die Vizepräsidentin gibt weiterhin, Tag ein Tag aus, um 12 Uhr mittags ihre religiös-esoterisch gefärbten Ansprachen „der Liebe, Versöhnung und des Vergebens“ zum Besten. Die Proteste sind ihr lästig, eine „biblische Plage“ nennt sie diese. Die Demonstrant*innen werden als die „vandalistische Rechte“ verschrien. Schenkt man Murillo Glauben, so sind es ausschließlich „winzige Gruppen, die Hass propagieren“, „vergiftete Seelen“, „blutdürstige Vampire“ und „mittelmäßige Wesen“, die es wagen, sich gegen die Regierung aufzulehnen. Ein Großteil der Fernseh- und Radiostationen werden entweder direkt von der Familie Ortega-Murillo oder wohlgesinnten Medienunternehmern geführt. So verwalten drei seiner sieben Kinder, Camilla, Luciana und Maurice Ortega-Murillo, die Sender Multinoticias, Canal 8 und Canal 13. Das Einverleiben der Massenmedien und die



damit einhergehende Möglichkeit einer selektiv gesteuerten Beschäftigung von Journalist*innen hat zur Folge, dass ein Großteil der Medienlandschaft klar regierungsfreundlich eingestellt ist. Beim Zappen durch die offiziellen Sender bekommt man den Eindruck, in Nicaragua sei eigentlich alles „in Butter“. Mit dieser Art der Kommunikationspolitik, die darauf abzielt, Informationen vorab zu filtern und die Vorherrschaft einer offiziellen Narration zu sichern, konstruiert das Regime ein Art Fiktion innerhalb der Fiktion. Während dem „Frieden“ und dem „lieben Gott“ gehuldigt wird, lässt man keine zwei Kilometer entfernt Scharfschützen auf friedliche Demonstrierende schießen. Dabei beruft sich die Regierung auf die Demokratie und die Verfassung, während sie diese systematisch zu einer bloßen Mise en Scène verkommen lässt. Dabei ist das Präsidentenehepaar Regisseur und Protagonist zugleich.

Was sich hier binnen der letzten zwei Monate abgespielt hat, hielt vor drei Monaten noch niemand für möglich. Für einen Großteil der jungen Leute, die heute für einen politischen Wandel kämpfen, war es das erste Mal in ihrem Leben, dass sie plötzlich, im Schutz der Multitude, auf die Straße gehen konnten, um ihre Stimme zu erheben. Sie sind die Generation, die mit dem Versprechen der Demokratie aufgewachsen ist, diese aber nie erfuhr. Vielleicht war ein nicht zu verkennender Mechanismus dieses kollektiven Erwachens auch

der Stolz einer Generation. Sie wollten nicht mehr den Kopf einziehen und hinnehmen, dass sie von einem autoritären und korrupten Ehepaar regiert werden. Die Kleptokratie, die Vetternwirtschaft, der Caudillismus eines vergangenen Jahrhunderts – all das wollten sie auf einmal nicht mehr stumm erdulden. Die zügellose Gewalt brachte schließlich das Fass zum Überlaufen. Sukzessive schlossen sich immer mehr Menschen sowie verschiedene, bis dato isolierte Bewegungen zusammen, und in gleichem Maße wich Stück für Stück die Angst. Damit kam eine irreversible Bewegung ins Rollen, die sich nicht mehr bremsen ließ. Der jüngsten Studie des Meinungsforschungsunternehmens Cid Gallup zufolge wünschen sich heute 70 Prozent der nicaraguanischen Bevölkerung den Rücktritt der Regierung. *Daniel y Somoza, son la misma cosa* („Daniel und Somoza sind das Gleiche“) wurde zu einem omnipräsenten Slogan. Doch obgleich die Mittel, derer sich das Regime zur Durchsetzung seiner Interessen bedient, in der Tat an gängige Lenkungsformen der skrupellosen Bereicherungsdiktatur der Somozas erinnern, hinkt der historische Vergleich. Die sandinistische Befreiungsfront war bewaffnet, während die hier umrissene Revolution es nicht ist. Ende der 70er-Jahre besaß Nicaragua rund zwei Millionen Einwohner*innen. Die Bevölkerung hat sich im Laufe der letzten 40 Jahre verdreifacht. Anastasio Somoza Debayle vermochte es 1978 noch, vor 200 000 Anhänger*innen zu sprechen. Der nunmehr bloß von einem eisernen Ring ihm loyaler Weggefährten umgebene Ortega muss etliche Personen mit steuerlich subventionierten Bussen zu seinen Kundgebungen bringen lassen und schafft es dennoch kaum, ein ähnlich großes Publikum zu versammeln. Auch auf internationaler Ebene schwindet die Unterstützung für die Regierung nahezu täglich. Ortega hat die Maxime des „Teile und herrsche“ scheinbar erfolglos ausgereizt. Die Tatsache, dass ihm als einzige Antwort die kriminelle Gewalt geblieben ist, ist als Ausdruck der Schwäche zu deuten. Es bleibt zu hoffen, dass das Militär, welches bisher am Rande des Konflikts verharrt, die Waffen nicht, wie in den Zeiten eines Pinochets in Chile, gegen das eigene Volk richten wird. Dies würde Nicaragua in ein völliges Chaos und ein noch verheerenderes Blutbad stürzen.

Wünschen darf man Nicaragua dabei, dass der mit einem unverkennbaren Willen zur Konzentration und Reproduktion der Macht ausgestattete Präsident sich möglichst bald soweit in die Enge getrieben sieht, dass er zu wirklichen Verhandlungen über die Konditionen seines Rücktritts bereit ist. In einem nächsten Schritt müsste die Verfassung reformiert und vorgezogene Wahlen festgelegt werden. Auf dem Weg dorthin gälte es, eine Übergangsregierung einzusetzen, die den Prozess begleitet. Des Weiteren müsste selbstverständlich das Wahlgesetz geändert sowie der Wahlrat komplett, bis auf die kommunale Ebene hinunter, neu besetzt und das Justizwesen rehabilitiert werden. Nur so ließen sich demokratische Rechte sowie eine Wahrung der Menschenrechte effektiv garantieren. Hinsichtlich der Forderung nach einer rechtmäßigen Strafverfolgung wäre schließlich auch eine Internationale Kommission gegen Straffreiheit unter Leitung der Vereinten Nationen denkbar.

„Nicaragua ist so gewaltsam zärtlich wie seine plötzlichen Sonnenuntergänge, wenn sich Rosa und Orange in einen grünen Samt verwandeln und die Nacht voller Tigeraugen, duftend und dicht, einfällt.“ Diese Zeilen schrieb der argentinische Schriftsteller Julio Cortázar zu Beginn der 80er-Jahre über Nicaragua, das heute vor allem einen Tiger zähmen muss: Daniel Ortega Saveedra. Bis diese Aufgabe nicht geglückt ist, hängt die Ungewissheit, die Gefahr eines erneuten Bürgerkriegs wie ein Damoklesschwert über dem kleinen Land. ■

Er führte uns seine ganze Macht vor

Interview mit Madelaine Caracas von der neuen nicaraguanischen Studierendenbewegung



Foto: CIDH

Seit Mitte Juni ist Madelaine Caracas mit zwei weiteren Vertreterinnen der neuen nicaraguanischen Studierendenbewegung im Rahmen der *Caravana informativa de la solidaridad internacional con Nicaragua* in Europa unterwegs. Sie ist ein bekanntes Gesicht der Bewegung geworden, seit sie im Mai am ersten Tag des Nationalen Dialogs aufstand und die Namen der Ermordeten vorlas (siehe youtube: *Estudiantes leen lista de muertos a Daniel Ortega, 17.5.2018*). Klaus Heß und Barbara Lucas vom Informationsbüro Nicaragua trafen sie für dieses Interview vor einer Veranstaltung in Bielefeld am 16. Juni 2018.

Madelaine, bitte erzähl uns zunächst, wie du Aktivistin geworden bist und was hierfür die entscheidenden Momente waren.

Ich studiere Kommunikationswissenschaften an der Universidad Centroamericana (UCA) in Managua. In der Zeit vor den heftigen Protesten im April war ich schon Aktivistin in der Umweltschutzbewegung und hatte bereits in Managua an den Protesten der Campesinos gegen den Bau des Kanals teilgenommen. Seit meiner Kindheit interessiert mich zeitgenössische Kunst und ich bin schon lange künstlerisch tätig, stets dort, wo Kunst und Soziales sich überschneiden. Ich habe mich zum Beispiel in einer Kampagne gegen Übergriffe auf Frauen auf der Straße engagiert. So haben wir eine Beschäftigung mit dem Thema Gewalt gegen Frauen im urbanen Raum in Gang gesetzt.

Als am 3. April im Biosphärenreservat Indio Maíz ein Feuer ausbrach und die Regierung vier Tage lang nichts unternahm, waren wir unglaublich empört. Diese Empörung hatte nicht nur mit dem Thema Umwelt zu tun, sondern insgesamt damit, wie Ortega in den letzten Jahren die Forderungen der Bevölkerung ignoriert hatte. Mit unserer Empörung darüber, dass die Regierung Indio Maíz abbrennen ließ, brachten wir auch dieses Unwohlsein zum Ausdruck. Als ich mit anderen Student*innen, jungen Umweltaktivist*innen und engagierten Bürger*innen auf die Straße ging, hatte sich so viel Verärgerung angestaut und bereits so viel Protest in den sozialen Netzwerken artikuliert, dass der Zeitpunkt gekommen war, diese Empörung in Aktion umzusetzen. Kurz darauf gab es eine Konfrontation an der UCA zwischen mir, anderen Studierenden und dem Abgeordneten Edwin Castro, der als Dozent ironischerweise Vorlesungen zum Thema „Verfassungsrecht“ abhielt. Wir waren vorher schon bei unseren Protesten von Regierungsanhänger*innen angegriffen worden, wobei die Gewalt allerdings längst nicht das Ausmaß erreicht hatte wie später. Wir gingen also in seine Vorlesung, stellten ihn zur Rede und fragten, wieso er die Umweltaktivist*innen „Verbrecher und Kriminelle“ nannte. Aber er zog sich einfach zurück, begab sich in den Schutz von Polizisten und schickte seine Studenten vor, um uns zu antworten. Danach begann die persönliche Repression mir gegenüber. Ich bekam Drohnachrichten, die mich einschüchtern sollten, so wie alle anderen auch, die auf die Straße gegangen waren. Und dann kam die Sozialreform. Viele junge Leute hatten das Gefühl, dass nun der Moment gekommen war, sich besser zu organisieren. Denn bisher gab es dazu keine Möglichkeit, da an

Foto: Spalier von Blendgranaten vor einem Mitglied der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH)

den öffentlichen Universitäten nur die UNEN (*Unión Nacional de Estudiantes de Nicaragua*) vertreten war, die wie ein verlängerter Arm der Regierung funktioniert und deren Ideologie vertritt. Es gab bis dahin keinerlei autonome Studierendenvertretung. Also habe ich mich hierfür eingesetzt. Später haben wir die sogenannte *Coordinadora Universitaria por la democracia y la justicia* (Universitätskoordination für Demokratie und Gerechtigkeit) gegründet, eine von fünf studentischen Organisationen, die die große Koalition studentischer Organisationen bilden, die beim nationalen Dialog die Student*innen vertreten.

Sind diese fünf Organisationen nationale Organisationen oder einfach an verschiedenen Unis angesiedelt? Worin unterscheiden sie sich und wie koordinieren sie sich?

Von den fünf Organisationen sind vier Studentenbewegungen und wir als *Coordinadora* sind der Ort, an dem sich die Bewegungen koordinieren und gemeinsame Forderungen aufstellen. In der *Coordinadora* haben wir Sprecher*innen von insgesamt sieben öffentlichen und privaten Universitäten, wobei jede Studentenbewegung unabhängig bleibt und ihre eigene Organisationslogik hat. Im Endeffekt eint uns das Interesse, die Autonomie der Universitäten zurückzuerlangen und zu erreichen, dass Ortega geht.

Wir versuchen generell natürlich, alte Organisationsmuster zu durchbrechen und neue Formen der Organisation zu finden, denn wenn wir das autoritäre und machistische System durchbrechen wollen, müssen wir damit in unserer eigenen Organisation anfangen.

Nehmen die verschiedenen Gruppen auch verschiedene Rollen und Funktionen im gegenwärtigen Protest ein?

Die *Coordinadora* zum Beispiel hat zur Hauptaufgabe, sich auf den nationalen Dialog vorzubereiten und unsere politische Positionierung zu diskutieren. Wir gehen hierfür auch direkt zu den Student*innen hin, etwa zu den besetzten Universitäten. Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen in der *Coordinadora* und natürlich auch verschiedene Aufgaben. So gibt es etwa die Student*innen, die bei den Pressekonferenzen auftreten und diejenigen, die im Hintergrund für die Logistik zuständig sind, und andere, die Texte schreiben. Aber im Prinzip rotieren wir. Deshalb sprechen wir immer von unseren „momentanen Sprecher*innen“, weil auch diese Funktion von allen ausgefüllt werden kann und wird. In der *Coordinadora* haben wir darüber hinaus gute Beziehungen zur Bauernbewegung, vor allem zu Doña Francisca Ramírez. Deshalb sind wir auch zu den Straßensperren der Bauern hingefahren, um eine Schicht an den Straßensperren gemeinsam mit ihnen zu verbringen.

Welche Teile der Bevölkerung und welche sozialen Akteure betrachtet ihr als eure Verbündeten?

Beim nationalen Dialog fordern wir gemeinsam mit den Privatunternehmern und der Zivilgesellschaft Gerechtigkeit und die Demokratisierung des Landes. Natürlich wissen wir, dass die Privatunternehmer in den letzten Jahren eng mit der Regierung verbunden waren und aus ökonomischen Interessen heraus agieren. Nichtsdestotrotz haben sie heute ihre Haltung geändert und sich jetzt auf die Seite der Gesellschaft gestellt, was die Position von Ortega schwächt.

Es gibt Arbeitsgruppen für den Nationalen Dialog mit den Mitgliedern, aber auch anderen, die bisher nicht beteiligt waren. So hatten wir ein Treffen mit den Feministinnen, mit Anführer*innen der afrikanischstämmigen und indigenen Communities, mit Menschenrechtsgruppen und LGBT-Gruppen. Zwar können nicht alle beim nationalen Dialog selbst anwesend sein, aber wir wollen in diesen Versammlungen die Interessen von allen kennenlernen und dann vorbringen.

Ihr macht im Moment diese Rundreise durch Europa als Caravana Informativa. Was sind die Ziele dieser Rundreise und welche Erfahrung hast du bisher gemacht?

Ich möchte gerne erklären, wie und warum ich hier bin. Denn anscheinend gibt es hier eine Kampagne, die unsere Rundreise diskreditieren und diffamieren soll. In meinem Land gibt es ein Informationsmonopol und die Medienberichterstattung ist sehr polarisiert. Es gibt sehr viel Desinformation. Deshalb wollen wir zum einen informieren und anklagen und zum anderen aus eigener Erfahrung berichten, was in unserem Land los ist.

Wir sind drei Frauen, die diese sogenannte Informationskarawane der internationalen Solidarität mit Nicaragua durchführen. Unterstützt werden wir von Nicaraguaner*innen im Ausland, aber auch von solidarischen Gruppen, die es schon seit den 80er-Jah-

Freies Nicaragua!

Spenden für Antirepressionsarbeit

Seit April erhebt sich in Nicaragua die Bevölkerung gegen die autoritäre Ortega/Murillo-Regierung. Diese hat die mutigen Proteste mit beispielloser Gewalt beantwortet, bislang sind über 200 Tote zu beklagen, über 1500 Verwundete und viele Verschwundene. Das Informationsbüro Nicaragua e.V. unterstützt die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Gruppen der *Alianza Cívica* und ruft zu Spenden für die Versorgung der Verletzten, Schutz vor Repression und Menschenrechtsarbeit auf.

Konto Informationsbüro Nicaragua e.V.

IBAN DE56 3305 0000 0000 9767 38

Stichwort: Anti-Repression

ren gibt. Bisher waren wir in Dänemark, Schweden, Belgien und Frankreich. Ich bin jetzt hier in Deutschland und die anderen beiden Frauen in Spanien. Wir sehen, dass viele Europäer*innen noch das Bild von Nicaragua zu Zeiten der Revolution mit sich herumtragen und Daniel Ortega als eine Figur sehen, die diese Revolution repräsentiert. Aber inzwischen sind 40 Jahre vergangen und Daniel Ortega repräsentiert nicht mehr die Werte von damals. Daher ist es wichtig, hier über die Veränderungen in meinem Land zu berichten.

Darüber hinaus wollen wir Menschenrechtsgruppen treffen, damit die Menschenrechtsverletzungen angeklagt werden und wir Unterstützung bekommen. Außerdem suchen wir Kontakt zu Parlamentariern. So war ich zum Beispiel in Straßburg, als die Nicaragua-Resolution des EU-Parlaments verabschiedet wurde. Danach haben wir uns mit Abgeordneten und Vertreter*innen des „European External Action Service“ in Brüssel getroffen. Wichtig ist uns, die Unterstützung für unsere Forderungen auch öffentlich sichtbar zu machen.

Welche Erfahrungen habt ihr bisher auf der Rundreise gemacht?

Ich war vorher noch nie im Flugzeug gereist und war auch noch nie in Europa gewesen. Ich musste in meinem Leben noch niemals das tun, was ich gerade tue. Es ist ganz schön anstrengend, denn es gibt täglich neue Aktivitäten in neuen Ländern. Und während hier alles schläft, passieren in Nicaragua schreckliche Dinge und ich muss am nächsten Morgen darüber informiert sein. Generell werden wir gut empfangen, es gab aber auch unangenehme Situationen, etwa in Schweden, mit einer Gruppe, die offensichtlich der Regierung nahe stand. In Lund traten wir zusammen mit Amnesty International auf und ein Verteidiger von Ortega stellte unsere Informationen infrage und behauptete später in den sozialen Medien, wir hätten Geld für Waffen und Bomben gesammelt. Auch Telesur und RT (Russia Today, kremlnahe Zeitung) verbreiteten diese Lügen und behaupteten, wir wären von der Rechten und dem CIA finanziert. Folglich erhielten wir auch Drohungen in Stockholm. Dort intervenierten zwei Chilenen und riefen Parolen wie „Ortega wird nicht gehen“, griffen uns verbal an und sagten, man wisse ja, was mit uns später passieren werde. Dieser spürbare Hass beunruhigt uns sehr. In Frankreich war eine öffentliche Veranstaltung vorgesehen, aber eine Gruppe von „Bolivarianos“ rief dazu auf, die Veranstaltung zu behindern. Wir wussten in dem Moment nicht, ob sie Gewalt anwenden würden. Uns erreicht also die Bedrohung auch hier in Europa, womit wir nicht gerechnet hatten. Wir machen uns zudem Sorgen um unsere Rückkehr nach Nicaragua. Wir wissen, dass solche Diffamierungen zu Strafanzeigen wegen konstruierter Straftaten führen können. Schon andere Aktivist*innen wurden so kriminalisiert.

Kannst du uns bitte deine persönlichen Erfahrungen und Eindrücke vom ersten Tag des Nationalen Dialogs schildern?

Ich bin 20 Jahre alt. Diesen ersten Tag des Nationalen Dialogs werde ich bestimmt in meinem ganzen Leben nicht vergessen. Es war ein historischer Moment, da Ortega in all den Jahren zuvor niemals Menschen zugehört hat, die nicht zum regierungstreuen Lager gehören. An diesem Tag, dem 16. Mai, gab es bereits mehr als 60 Ermordete und wir kamen natürlich mit sehr viel Schmerz dahin. Und als wir den direkten Schuldigen dieses Massakers gegenüberstanden, war das sehr heftig. Ich erinnere mich besonders daran, dass Ortega mit mehr als 400 Polizisten kam, die bis an die Zähne bewaffnet waren, zudem mit fünf gepanzerten Mercedes-Benz, mit zwei Hubschraubern – eine vollkommen absurde Szene! Er führte uns sein ganzes Arsenal vor und seine ganze Macht. Auf der anderen Seite zeigte dies aber nur seine Schwäche und seine Angst. Aber das rief uns natürlich sofort in Erinnerung, was wir auf den Straßen erlebt hatten, die Schüsse, die Gewalt, die Morde. Wir haben versucht, Ruhe zu bewahren und unsere Forderungen klar vorzubringen, aber in diesem symbolischen Moment mussten wir auch die Stimmen der Menschen von der Straße erlebbar machen. Natürlich ist es mir schwer gefallen, Ortega die Namen der mehr als 60 Ermordeten an diesem Tag vorzulesen, aber der Moment erforderte es einfach. Schließlich hatte Ortega vorher gesagt, dass die Polizei nicht den Auftrag zur Repression gehabt hätte und sie niemals geschossen hätten, was eine brutale Beleidigung

all der Ermordeten und eine Leugnung von all dem war, was wir selbst erlebt hatten. Heute erkenne ich mich manchmal in diesem Moment nicht wieder, es war eine Art Entpersönlichung. Ja es war meine Stimme, ja, ich war dort und erinnere mich, was ich gefühlt habe, aber es war die Stimme von allen und ich habe gesagt, was alle gesagt hätten in diesem Moment. Es war auch ein machtvoller Moment für die ganze Gesellschaft und ein Moment, in dem wir Anspruch erhoben auf die Kämpfe, die wir geführt haben, und sie sichtbar machten. Und auf der anderen Seite habe ich Ortega gesehen, wie er um jeden Preis an der Macht bleiben will und sich nicht im Geringsten um die Belange der Bürger*innen kümmert. Es war ein sehr heftiger Tag für mich.

Es gab letzte Woche ein Video, in dem Frauen in einem Barrio zu sehen waren, die den Polizisten mutig unbewaffnet entgegengetreten sind und denen es gelungen ist, sie aus ihrem Barrio zurückzudrängen. Wie siehst du generell die Rolle der Frauen?

In den gegenwärtigen Protesten erobern sich die Frauen eine aktive Rolle in der Gesellschaft zurück. Während der Revolution gab es ja wichtige Frauen, wie etwa Dora María Tellez, Mónica Baltodano oder Arlen Siu, die entscheidend waren für den revolutionären Prozess, später aber keine wichtigen Posten erhalten haben. Wir haben natürlich in unserem Land eine starke Machokultur, zugleich gab es aber immer auch starke Frauen. Im häuslichen Bereich sind es ohnehin immer die Mütter, die das letzte Wort haben. Heute sehen wir, wie sich Frauen mit Kochtöpfen den Polizisten und Paramilitärs entgegenstellen; das beweist eine besondere Macht und große Kraft.

Auch in der Student*innenbewegung achten wir darauf, dass Frauen in Erscheinung treten, nicht um eine Quote zu erfüllen, sondern weil wir einfach da sind, weil wir Fähigkeiten haben und weil wir in der ersten Reihe stehen. Ich habe sogar junge Frauen mit *Morteros* (Mörser mit Platzpatronen) an den Straßensperren gesehen. Wir sind präsent und es ist wichtig, dass sich die alten machistischen Muster nicht wiederholen, wonach es die maskulinen Figuren sind, die die Befreier des Landes sind. Unsere neue Kultur sollte in allen Bereichen inklusiver sein.

Frauen müssen heute bekannte Stereotype durchbrechen. Das ist Teil unseres Kampfes und bestimmt nicht einfach. Sowohl ich wie auch andere junge Frauen haben oft machistische Kommentare gehört, aber wir kämpfen auch dagegen. Deshalb ist eine wichtige Parole bei uns: *La revolución será feminista o no será* („die Revolution wird feministisch sein oder sie wird nicht stattfinden“). Das ist sehr radikal, passt aber genau in unseren Kontext. Schließlich haben wir einen Präsidenten, der ein Vergewaltiger ist, der seine eigene Stieftochter sexuell missbraucht hat, der straffrei geblieben ist und alle diese autoritären Modelle vorlebt und wiederholt.

Wenn wir ein besseres Nicaragua wollen, müssen wir diese Modelle durchbrechen. Deshalb sind für mich solche Menschen wie Francisca Ramírez, die Bauernführerin, so wichtig, da ich mich durch sie repräsentiert fühle und sie bewundere. Diese Frauen müssen sichtbar werden im Land, da neue Generationen somit ein anderes Bild bekommen und sich neue Räume für sie öffnen werden. ■



Von links: Barbara Lucas, Klaus Heß und Madelaine Caracas